

Über die Rechtsaufsichtsbehörde

und die Landesdirektion Sachsen

an das Sächsische Staatsministerium der Finanzen
Carolaplatz 1
01097 Dresden

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

**Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung**

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 SächsFAG
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 2 SächsFAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes _____
- des Nachtragshaushaltsplanes _____
- des Jahresabschlusses _____

am _____

a) Allgemeine Kennziffern

		Anzahl	je 1 000 Einwohner
1. Anzahl der Stellen in:	der Kernverwaltung		
	den nachgeordneten Einrichtungen		
		TEUR	EUR/Einwohner
2. Schuldenstand der Gebietskörperschaft zum			
a) Antragsstichtag (ohne Kassenkredite)			
b) Kassenkredite zum Antragsstichtag			
c) Bürgschaften/Garantien			

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

1. Grundsteuer A in Prozent _____
2. Grundsteuer B in Prozent _____
3. Gewerbesteuer in Prozent _____

c) Angaben zur Haushaltsstruktur

		laut Haushaltsplan	nach Konsolidierung gemäß Ziffer V
		TEUR	TEUR
1. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Nr. 17 Anlage 1a		
2. Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	Nr. 34 Anlage 1a		
3. Finanzierungsmittelfehlbedarf/-überschuss	Saldo 1. + 2.		
4. Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit	Nr. 38 Anlage 1a		
5. Änderung Finanzmittelbestand im Haushaltsjahr	Saldo 3. + 4.		
6. Überschuss/Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr	Nr. 44 Anlage 1a		
7. voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	Nr. 46 Anlage 1a		

III. Kosten eines Gutachtens

- a) Kosten des Gutachtens laut Angebot _____ EUR
- b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin _____ / _____

IV. Höhe des Zahlungsmittelbestandes am Ende des Finanzplanungszeitraum (Nr. 46 der Anlage 1a) / der außergewöhnlichen Belastung:

_____ EUR

V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept

gemäß Anlage _____:

- 1. Minderungen des Aufwandes im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ EUR
- 2. Erhöhungen der Erträge im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ EUR
- 3. sonstige Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung: _____ EUR

VI. Höhe der beantragten Zuweisung: _____ EUR

VII. Fördermittel für kommunale Investitionen (ohne Kredite) – Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung – in TEUR –

geplante Investitionsmaßnahmen	davon Fördermittel beantragt	Eigenmittel bewilligt	Kredite
1. _____			
2. _____			
3. _____			

VIII. Begründung des Antrages einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Zahlungsmittelbedarfes (Fehlbe-
trages) oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von 3 Jahren)

IX. Sonstige Erläuterungen

XI. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sicher-
gestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von
dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Einzahlungen aus der Rückzahlung von Geldanlagen, aus Darlehensrückflüssen und aus Liquiditätskrediten	40	686, 693, 694, 695																			
darunter:																					
Einzahlungen aus Liquiditätskrediten ¹		693																			
Auszahlungen für Geldanlagen, für die Gewährung von Darlehen und die Tilgung von Liquiditätskrediten	41	786, 793, 794, 795																			
darunter:																					
Auszahlungen zur Tilgung von Liquiditätskrediten ²		793																			
Entnahme aus der Liquiditätsreserve	42																				
Zuführung an Liquiditätsreserve	43																				
Überschuss/Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr	44	Saldo (39 + 40 + 42) ./. (41 + 43)																			
voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres (ohne Liquiditätskredite und Kontokorrentverbindlichkeiten) ³	45																				
voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	46	Summe 39 + 40 + 41 + 45																			

¹ erfasst nicht Kontokorrentkredite, denn sie sind nicht mit tatsächlichen Einzahlungen verbunden (hier wird lediglich eine Kontouberziehung geduldet); erfasst werden hier nur Festbetragskassenkredite, bei denen die Gemeinde tatsächlich Geld erhält, die also mit einer Einzahlung in die Gemeinkasse verbunden sind

² erfasst nicht die Zurückführung von Kontokorrentkreditansprüchen, da damit keine tatsächlichen Auszahlungen verbunden sind

³ bei der Ermittlung des Zahlungsmittelbestandes bleiben Fremdmittel unberücksichtigt

Zum Antrag
der/des Gemeinde/Landkreises _____ vom _____

Übersicht zum Schuldenstand (in EUR):

Haushaltsjahr: _____

Position	Bestand zum 1. Januar des Haushaltsjahres	genehmigte Kre- ditaufnahme im Haushaltsjahr	geplante Tilgung im Haushaltsjahr	voraussichtlicher Bestand zum 31. Dezember des Haushaltsjahres	Zweck der Kre- ditaufnahme
Schulden am Kreditmarkt
sonstige Kreditschulden ¹
kreditähnliche Rechtsgeschäfte
Bürgschaften
	Genehmigt/ Genehmigungs- frei	Inanspruchnah- me zum Antrags- stichtag			
Kassenkredit			

¹ bitte aufliedern

Zum Antrag
der/des Gemeinde/Landkreises _____ vom _____

Zusammengefasste Übersicht zum Anlagevermögen¹:

Stichtag: _____

Position	Anlagevermögen in EUR	zur pflichtigen Aufgabenerfüllung benötigt
.....
.....
.....
.....
.....

¹ Zu den Vermögenswerten gehören neben beweglichem und unbeweglichem Vermögen auch Aktien, Fonds sowie andere Formen der Vermögensbildung und Beteiligungen. Für bewegliches und unbewegliches Sachanlagevermögen genügt eine zusammengefasste Auflistung.

Zum Antrag
der/des Gemeinde/Landkreises _____ vom _____

Übersicht zu Gebühren, Beiträgen und Entgelten für das Haushaltsjahr _____ :

Position	Aufwendungen des vergangenen Jahres in EUR	Bemessungsgrund- lage	mögliche(s) Ge- bühr/Entgelt in EUR	Tatsächliche(s) Ge- bühr/Entgelt in EUR
.....
.....
.....
.....
.....

Trägerschaft der Kindertageseinrichtung: _____ :

Einrichtungsart	durchschnittliche Kinderzahl unter Berücksichtigung der Betreuungszeit (§ 12 Abs. 2 SächsKitaG) im Haushaltsjahr	Pädagogische Fachkräfte		Abweichung
		Soll gemäß § 12 Abs. 2 SächsKitaG	Ist	
Kinderkrippe				
Kindergarten				
Hort				
Leitung der Kita	entfällt			

Finanzierung der Kindertageseinrichtung: _____ :

Einrichtungsart	Betriebskosten gemäß § 14 Abs. 2 SächsKitaG	davon Gemein- deanteil ein- schließlich Lan- deszuschuss	davon Elternbeiträge		davon Eigenanteil des Trägers
			Ist gemäß § 15 Abs. 2 SächsKitaG	Ist	
			EUR	%	
Kinderkrippe					
Kindergarten					
Hort					

Über die Rechtsaufsichtsbehörde

an die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung zur Förderung der Einstellung von Studenten
des gehobenen Dienstes der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen
gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 3 SächsFAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)

II. Bezeichnung der Studenten (Angaben aus den Unterlagen, die dem Antrag als Anlage beigelegt sind)

(Liste der Studenten als Anlage)
Bezeichnung des Studiengangs
Voraussichtliche Dauer des Studiums: vom _____ bis zum _____

III. Höhe der Bedarfszuweisung (listenmäßige Darstellung als Anlage zum Antrag)

Festbetragsfinanzierung je Student im Studienjahrgang 2013: Festbetrag: 7 600 EUR Anzahl der Studenten: _____ x 3 Jahre = Gesamtbetrag: _____ EUR

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.
- c) Dem Antragsteller ist bekannt, dass der Wegfall subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich der Landesdirektion Sachsen mitzuteilen ist.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Über die Rechtsaufsichtsbehörde

an die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung zur Förderung eines freiwilligen
Gemeindezusammenschlusses gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 SächsFAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Höhe der beantragten Zuweisung:

_____ EUR

III. Begründung des Antrages¹

(gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag einschließlich Antragsunterlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

V. Anlagen

- Urkunde über den freiwilligen Gemeindegemeinschaft
- Gründungsdokument der neuen Gebietskörperschaft (beglaubigte Abschrift)
- Entwurf des Haushaltsplanes der neuen Einheitsgemeinde oder Haushaltsplan und Jahresrechnung der einzugemeindenden Gemeinde¹

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

¹ Nur bei Anträgen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 SächsFAG